

Externe Evaluation der Bremer Schulen „2005“

*Empfehlungen an den Senator für Bildung und Wissenschaft
der Freien Hansestadt Bremen*

Institut für Schulentwicklung
Überlingen, 1. 2. 2006

Die Experten

Bei der folgenden Übersicht ist nach dem Namen und Wohnort jeweils das Haupterfahrungsfeld der Experten angegeben

Clemens Auberle, VS-Schwenningen, Schulaufsicht BW
Heide Bambach, Hamburg, (Schulleiterin Laborschule Bielefeld)
Karin Böhme, Hamburg; (Schulleiterin Hamburg)
Karin Brügelmann, Siegburg; (Schulaufsicht Rhein-Sieg-Kreis)
Prof. Helmut Frommer, Bodman-Ludwigshafen; Seminarleiter BW
Hans Hämker, Hamburg, (Schulleiter)
Dr. Katrin Höhmann, Dortmund; (IFS-Dortmund)
Ingrid Kaiser, Frankfurt; (Didaktische Leiterin Helene Lange Schule, Wiesbaden)
Susanne Kienle, Köln; (Schulleiterin, Lehrerfortbildung NRW)
Verna Lindwig, (Schulleiterin, Hamburg)
Friedlinde Mann (Lehrerin Helene Lange Schule Wiesbaden)
Dr. Maria Müller-Guntrum, (Schulleiterin, Hamburg)
Thomas Oertel (Schulleiterfortbildung Mecklenburg-Vorpommern, LISA)
Kurt Ohmann, (Schulleiter, Brigachtal BW)
Frau Hadmut Scholz, (Schulleiterin & Schulaufsicht Hamburg)
Dr. Otto Seydel, (Institut für Schulentwicklung, Überlingen / Schulleitung Salem)

Redaktion

Dr. Otto Seydel, Institut für Schulentwicklung, Überlingen
Barbara Köpfer, Institut für Schulentwicklung, Überlingen

Empfehlungen an den Senator für Bildung

Externe Evaluation Bremer Schulen 2005

In der Zeit zwischen Juni 2005 und Februar 2006 hat das Evaluatorenteam des *Instituts für Schulentwicklung* erneut 30 Bremer Schulen besucht (22 Grundschulen, 7 Schulen der Sekundarstufe I, 1 Förderzentrum) und den Schulen sowie der zuständigen Schulaufsicht ausführliche Berichte über die Ergebnisse der Evaluation übergeben. Basis für das Verfahren dieser Besuche waren die Erfahrungen aus der ersten Evaluationsrunde im Jahr 2004, in der dreißig Grundschulen besucht worden waren. Die Auswertungen der Erfahrungen des ersten Jahres sowie der Evaluation der Schulen aus dem Projekt „Schule macht sich stark“ führten zu einer Weiterentwicklung der Beobachtungskriterien und der Berichtsform.

Diese - inzwischen knapp 70 - Besuche bilden die Grundlage für die folgenden neun Empfehlungen. Keine dieser Empfehlungen sind in den Bremer Diskussionszusammenhängen „neu“. Aber sie markieren die Felder, in denen nach Einschätzung der Experten *vorrangiger* Handlungsbedarf besteht. Die neun Empfehlungen sind an drei Ebenen adressiert:

Die Behörde als Steuerungsinstanz des Gesamtsystems

1. *Die Kommunikationsbarrieren zwischen Behörde und Schule weiter abbauen*
2. *Vereinfachen - Verlangsamen – Vertiefen*
3. *Die Balance von „Verbindlichkeit der Anforderungen an die Gesamtbremer Schulentwicklung“ und „Selbstständigkeit der Einzelschule“ sichern*

Die Schulaufsicht im Blick auf die Einzelschule

4. *Datengestützte Zielvereinbarungsgespräche führen*
5. *Schulscharfe Ausschreibungen ermöglichen*
6. *Überforderten Kollegen eine neue Perspektive bieten*

Die Unterstützungssysteme (LIS, Universität u.a.) im Blick auf den einzelnen Lehrer

7. *Der Einzelschule die Verantwortung und Kompetenz für die Qualitätsentwicklung übergeben*
8. *Unterricht verbessern*
9. *Die Lehrerinnen und Lehrer im Blick auf die Schülerinnen und Schüler mit „besonderem Förderungsbedarf“ unterstützen*

Die vierte und fünfte - die beiden letztlich entscheidenden - Ebenen, die Einzelschule und der Einzellehrer, sind hier nicht angesprochen. Die Evaluatoren haben für „ihre“ Einzelschulen und ihre Kollegien auf deren Wunsch spezifische Empfehlungen formuliert. Sie sind in den Schulberichten nachzulesen und - mittelbar - in die folgenden Empfehlungen für die Unterstützungssysteme aufgenommen.

Die erste Bilanz der zweiten Evaluationsrunde über die im Jahr 2005 besuchten dreißig Schulen lautet: Gegenüber dem Befund von 2004 hat sich keine grundlegende Veränderung ergeben. Im Detail gibt es allerdings einige wichtige neue Beobachtungen:

Bericht 2004

a) *Es gibt in Bremen und Bremerhaven*

- *eine Reihe beachtlich **guter Grundschulen**;*
- *gerade auch in den Schulen, die sich in einem besonders kritischen Umfeld befinden, **sehr guten Unterricht** einzelner Lehrer.*

Darüber hinaus haben die Bremer Grundschulen – im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern – eine durchaus solide Raum- und Ressourcengrundlage (z.B. Ausstattung mit Computern, Besoldungshöhe der Grundschullehrer, Sozialpädagogeneinsatz).

Bericht 2005

Die Trennung vieler Kollegien in drei Gruppen wird prägnanter:

- „Wir suchen nach den richtigen Methoden für die uns anvertrauten Kinder“
- „Wir müssen darauf achten, dass uns wir uns als Lehrer nicht überfordern“
- „Wir haben die richtigen Methoden, aber die falschen Kinder“

Die erste Gruppe „Wir suchen nach den richtigen Methoden für die uns anvertrauten Kinder“ scheint in vielen Schulen von Jahr zu Jahr größer zu werden. Diese Gruppe sucht und entdeckt produktive Wege im Umgang mit der „normalen“ Heterogenität ihrer Klasse.

In der zweiten Gruppe „Wir müssen darauf achten, dass uns wir uns als Lehrer nicht überfordern“ finden sich keineswegs nur die „Bequemen“ sondern vor allem auch diejenigen, die – gerade um der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen willen – eine vernünftige Balance von eigenen Kraftreserven und gefordertem Zeiteinsatz suchen.

Im Blick auf die dritte Gruppe - „Wir haben die richtigen Methoden, aber die falschen Kinder“ - wird ein langer Atem gebraucht. Der – u.a. vom Runden Tisch Bildung geforderte – neue Umgang mit der Heterogenität einer Klasse erfordert eine grundlegende Neuorientierung des professionellen Selbstverständnisses.

Bericht 2004

b) Die Akzeptanz der externen Evaluation war hoch: Alle besuchten Schulen befürworteten eine externe Evaluation für alle Bremer Schulen, um den internen Entwicklungsprozess zu unterstützen.

Bericht 2005

Auch in diesem Jahr war die Akzeptanz der externen Evaluation sehr hoch. Das Überlinger Institut für Schulentwicklung befragte nach Abschluss der Evaluation und Vorlage des Berichts in der Schule die jeweiligen Schulleitungen (3 Rückmeldungen stehen noch aus).

	<i>ja</i>	<i>nein</i>	<i>teilweise</i>
<i>1. Wurden durch den externen "Spiegel" wesentliche Stärken und Schwächen Ihrer Schule erfasst?</i>			
2004	18	6	4
2005	24	2	1
<i>2. Wurden Sie durch die Rückmeldungen der Besucher auf Bereiche aufmerksam, die Sie bislang nicht – oder nicht in dieser Deutlichkeit – in den Blick genommen hatten?</i>			
2004	12	6	10
2005	17	7	3
<i>3. Wurden durch die Rückmeldungen der Besucher Schulentwicklungsprozesse gefördert?</i>			
2004	13	5	10
2005	23	4	0
<i>4. War das Verfahren (Zeitaufwand, Schwerpunkt, Ablauf) angemessen?</i>			
2004	12	5	11
2005	16	2	<i>Einziger Kritikpunkt: Zu wenig Zeit!</i> 9
<i>5. Wie beurteilen Sie das "Klima" der Gespräche der Besucher mit dem Kollegium?</i>			
	<i>gut</i>	<i>schlecht</i>	<i>teils/teils</i>
2004	19	1	8
2005	24	2	1
<i>6. Würden Sie „Ihr“ Expertenteam zu einem späteren Zeitpunkt erneut an Ihre Schule einladen wollen?</i>			
2004	21	7	0
2005	24	2	1

Insgesamt gilt: Gravierende Veränderungen gegenüber der Situation von 2004 haben wir in den besuchten Schulen im zweiten Jahr nicht entdecken können. Wir sind uns darüber im Klaren, dass nachhaltige Schulentwicklungsprozesse mindestens fünf bis zehn Jahre Entwicklungszeit brauchen. Darum dürfen aus diesen Beobachtungen im zweiten Jahr keine voreiligen Schlüsse gezogen werden oder gar eine zusätzliche Reformhektik erzeugen. Unsere Beobachtungen sollen vor allem Prioritäten für den Ressourceneinsatz sowie - an einigen Stellen - einen weitergehenden Klärungs- und Unterstützungsbedarf signalisieren.

Die „Empfehlungen 2004“ boten eine breite Sammlung notwendiger Maßnahmen, deren Umsetzung in zahlreichen Fällen inzwischen erfolgreich begonnen wurde. In den folgenden „Empfehlungen 2005“ haben wir uns auf neun konkrete „erste Schritte“ beschränkt.

Erste Ebene: „System“-Steuerung auf Behördenebene

1. Die Kommunikationsbarrieren zwischen Behörde und Schule weiter abbauen

Das Problem

Die Kommunikationsbarrieren zwischen Schulen und Behörde sind auch im zweiten Jahr in vielen Schulen noch immer sehr hoch. (siehe Bericht 2004, S. xxx).

Erste Entspannungstendenzen wurden aber sichtbar. Das Vertrauen in die Behörde scheint zu steigen.

Eine entscheidende Gelenkstelle zwischen Behörde und Schulen sind - neben den persönlichen Kontakten der Schulaufsicht zu ihren Schulen – die **Schulleiterdienstbesprechungen**. Sie sind nach Berichten von Schulleitungen in vielen Fällen und über lange Passagen ineffektiv. Im Prinzip sinnvolle Maßnahmen und Begründungszusammenhänge von Behördenseite kommen in den Schulen nicht an oder werden nicht genügend kommuniziert. Aus Sicht der Schulen versteht die Behörde die Schulen nicht.

Ein möglicher erster Schritt

Eine „Interne Evaluation“ der Schulleiterdienstbesprechungen („Was ist aus Sicht der Schulleitungen notwendig und wünschenswert? Wie wird die bisherige Praxis eingeschätzt?“) und die Erprobung neuer Arbeitsformen als gemeinsames Projekt von Schulleitern und Behörde, z.B. über eine gemeinsame Planungsgruppe „Schulleiterdienstbesprechungen“.

Diese Überprüfung und Revision sollte auch auf die weiteren Kontaktpunkte zwischen Schulleitungen und Behörden ausgeweitet werden, vor allem auf die schriftliche Kommunikation: Gebündelte, zusammenhängende Informationen statt laufender (unzusammenhängender aber dafür aktueller) Einzel-Mails?

2. Vereinfachen - Verlangsamen – Vertiefen

Das Problem

a) Maßnahmen, die in den vergangenen zwei Jahren von der Behörde als mittelfristige Entlastung des Einzellehrers und als langfristige Unterstützung einer konsistenten Schulentwicklungsplanung der Einzelschule angeordnet wurden, sind als solche in vielen Schulen nicht angekommen, sondern werden als Belastung und Aktionismus gedeutet. Sie werden weiterhin zu oft mit innerer Abwehr oder heimlicher Verweigerung beantwortet. Hintergrund dürfte zum einen das benannte Kommunikationsproblem (s.o.) sein.

b) Zum anderen gibt es einen Reformstau, der zeitnah abgebaut werden soll. Die Ungeduld aller Beteiligten ist nachvollziehbar, in ihrer Wirkung auf das Gesamtsystem aber teils kontraproduktiv. Zugleich gibt es eine komplizierte Doppelbotschaft aus den Schulen: „Alles muss ich ändern – Bitte nicht noch eine Neue Maßnahme“.

c) Zum dritten führen die (unvermeidlichen) bildungspolitischen Kompromisse einer Großen Koalition aus Schulsicht zu teilweise widersprüchlichen Vorgaben (z.B. die unerwünschten Nebenfolgen der Variationen des Übergangs in die weiterführenden Schulen nach der 4. bzw. 6. Klasse: verfrühter Selektionsdruck in der Grundschule durch den Wechsel nach 4, Integrationsprobleme für die Quereinsteiger nach 6).

Ein möglicher erster Schritt

Schulen, die „Gute Schulen“ werden wollen, brauchen **strukturelle Ruhe**, um sich auf den eigenen Veränderungsprozess konzentrieren zu können.

Alle neuen Maßnahmenplanungen der Behörde werden darum vor Ihrer Umsetzung durch die Abteilungsleitung nach drei Kriterien geprüft. Die drei Kriterien lauten: Vereinfachen – Verlangsamen – Vertiefen.

Diese Trias sollte auch zur Richtschnur von Entwicklungsplanungen der Einzelschule werden.

Der wünschenswerte „letzte Schritt“ ist eine langfristig verbindliche Schulentwicklungsplanung, die den Bremer Schulen die notwendige Planungssicherheit gibt.

3. Die Balance von „Verbindlichkeit der Anforderungen an die Gesamtbremer Schulentwicklung“ und „Selbstständigkeit der Einzelschule“ sichern

Das Problem

Viele Schulen interpretieren die Vorgaben der Behörde als eine Doppelbotschaft: „Werdet *Selbstständige Schule!*“ auf der einen Seite und gleichzeitig vermehren sich auf der anderen Seite in den Augen der Schulen die Vorgaben, die - anders als bisher - ein höheres Maß an Verbindlichkeit erhalten sollen. Das Problem spiegelt sich auf der Kollegiumsebene: die fehlende Balance von „Verbindlichkeit

des Schulprogramms“ und „Pädagogischer Freiheit des einzelnen Lehrers“. Die Kollegen fordern Orientierung an einem gemeinsamen Rahmen – zugleich wehren sich viele „mit Händen und Füßen“ und mit dem Verweis auf die gewohnte Besitzstandswahrung gegen jede Form der Verbindlichkeit innerkollegialer Absprachen. Das Resultat erscheint uns in der Bremer Vergangenheit als ein „everything goes“ - zu Lasten der Kinder und Jugendlichen.

Es besteht die dringende Notwendigkeit, diese Balance neu einzupendeln (zu Gunsten einer höheren Eigenständigkeit der Schulen und einer größeren Verbindlichkeit innerhalb der Schulen, die in Bremen zwar schon lange Gesetz aber selten Praxis war). Eine solche Neujustierung, die an die Basis des professionellen Selbstverständnisses aller Beteiligten rührt, ist ein komplizierter Prozess. Darum ist die Tatsache, dass in dieser Übergangsphase auf beiden Seiten Verunsicherung herrscht, zunächst ganz „normal“. Hilfreich ist der Blick auf „erfolgreiche“ Bremer Schulen. Sie zeichnen zwei gemeinsame Merkmale aus:

- Erfolgreiche Bremer Schulen haben Schulleiter, die ihre Leitungsverantwortung aktiv und sensibel wahrnehmen.
- Erfolgreiche Bremer Schulen suchen nach „eigenen“ Lösungen und nutzen zugleich die Vorgaben der Behörde zur Unterstützung des eigenen Schulentwicklungsprozesses.

Ein möglicher erster Schritt

Über die formale Stärkung der Schulleitungen durch das neue Schulgesetz hinaus, muss deren inhaltliche Unterstützung Priorität haben. Zum ersten muss der planvolle Aufbau von Verfahren zur Findung und Vorbereitung künftiger Schulleiter intensiviert werden. Zum zweiten müssen berufsbegleitende Fortbildungen für die jetzt amtierenden Schulleiter und Schulleiterinnen verstärkt werden (Peer-Review-Gruppen, Leadership-Akademie nach österreichischem Vorbild u.). Vorrangige Themen:

- „Leadership“ – Zum Rollenverständnis der Schulleitung
- Teambildung
- Personalentwicklungsgespräche
- Unterrichtshospitationen
- Schulentwicklungsplanung

Zweite Ebene: Schulaufsicht

4. **Datengestützte Zielvereinbarungsgespräche führen**

Das Problem

Vielen der von uns besuchten Schulen liegen inzwischen Rückmeldungen interner und externer Evaluationen vor: SEIS, VERA, LAU, PEB, das Bremer Schuldatenblatt u.a. – eine systematische Auswertung und Nutzung dieser aufwendig erhobenen und zugleich sehr aufschlussreichen Datensammlungen für die eigenen Schulentwicklung haben wir selten angetroffen. Wir haben die Sorge, dass auch die Evaluationsberichte der ersten Inspektionsrunde „GET I“ zwar freundlich und mit guten Vorsätzen zur Kenntnis genommen wurden, aber wegen fehlender Nacharbeit „versinken“.

Ein möglicher erster Schritt

Der erste Schritt – alle Schulaufsichtsbeamten führen einmal pro Jahr mit den Schulleitungen Zielvereinbarungs- und Rückschaugespräche – ist bereits geplant. Für diese Gespräche sollten diese Daten eine verbindliche Grundlage bilden.

Begleitend brauchen viele Schulen eine systematische Unterstützung, die Zahlen, Daten, Beobachtungen und Werturteile zu verstehen, zu sortieren, zu priorisieren und schließlich diese zu einer Grundlage für eine Strategie der Verbesserungsnotwendigkeit Richtung Schulleben zu machen. Diese Art von Unterstützung sollten extra ausgebildete Evaluations-/Schulentwicklungsberater des LIS leisten. In Zukunft sollten außerdem alle schulvergleichenden statistischen Angaben (von der Schulverweigererstatistik bis zur Vergleichsarbeit) nicht nur mit einem Bremer Mittelwert ausgewiesen werden, sondern zusätzlich auch die besondere soziale Lage der Schule einbeziehen. Nationale und internationalen Untersuchungen zeigen, dass quantitative wie qualitative Rückmeldungen oft genug wirkungslos bleiben. Bedingung für die Wirksamkeit ist ein Interesse von Kollegien an diese Rückmeldung und an Veränderungen sowie eine professionelle Unterstützung bei dieser Veränderung.

Für die Schulen, denen die externen Evaluatoren einen hohen aktuellen Handlungsbedarf zurückmelden, muss zwischen den Evaluatoren, der Schule und der Schulaufsicht ein schneller Kontakt hergestellt werden, um akute Interventionen anzustoßen.

5. Schulscharfe Ausschreibungen ermöglichen

Das Problem

Wir beobachten auch im zweiten Jahr viele Schulen, die auf dem Weg sind, ein tragfähiges Schulprogramm nicht nur zu entwickeln, sondern auch umzusetzen. Ein Schulprogramm allerdings wird nicht wirksam, solange es nur aufgeschrieben wird. Die Wirksamkeit hängt vor allem an den Menschen, die es umsetzen wollen.

Ein möglicher erster Schritt

Darum müssen die Schulen, die diese Perspektive ausweisen, die Chance erhalten, schulscharfe Ausschreibungen setzen zu können. In einigen Schulen ist dies bereits der Fall – das Prinzip sollte systematisch ausgeweitet werden.

Gleichzeitig müssen für die Kollegen, die das Schulprogramm ihrer Schule prinzipiell nicht mittragen wollen, Perspektiven eröffnet werden, die einen Schulwechsel ohne Gesichtsverlust möglich machen.

6. Überforderten Kollegen eine neue Perspektive bieten

Das Problem

Wir haben in mehreren Kollegien Situationen selbst erlebt bzw. uns von Schulleitern, Eltern und Kollegen berichten lassen, in denen einzelne Kollegen dauerhaft massiv überfordert und in echter psychischer Not waren. Es wurde uns berichtet, dass das übliche Verfahren heißt: Der Problemfall wird an ein anderes Kollegium einer Nachbarschule weitergereicht.

Ein möglicher erster Schritt

Für diese Extremfälle – also Fälle bei denen die Maßnahme „Verpflichtung zu einer besonderen Fortbildung“ nicht mehr greift - soll ein Krisenstab eingerichtet werden, in dem die zuständige Schulaufsicht und der betroffene Schulleiter gemeinsam schnelle und unbürokratische Lösungen finden können, die den betroffenen Kolleginnen und Kollegen wirklich weiterhilft, ohne eine weitere Schülergruppe zu benachteiligen.

Dritte Ebene: Unterstützungssystem

7. Der Einzelschule die Verantwortung für die Qualitätsentwicklung übergeben

Das Problem

Das Vertrauen der Kollegen in den Nutzen der behördenseitig unterstützen Qualifizierungsprogramme (LIS-Angebote, QVP, Schule & Partner, LiT, Ganztägig Lernen, SINUS, Demokratie lernen) schwankt extrem. Im Blick auf die bremeninternen Angebote sind wir erneut häufig auf offene Ablehnung gestoßen, ohne dass dies für uns nachvollziehbar war.

Zugleich ist der Qualifizierungsbedarf in Bremen – verglichen mit der Gesamtentwicklung in anderen deutschen Bundesländern – hoch.

Der geplante Neustart des LIS wird in den Schulen noch nicht als Chance betrachtet.

Ein möglicher erster Schritt

Der für Qualitäts- und Personalentwicklung vorgesehene Etat des Landes wird den Schulen, die dieses wollen, weitgehend zur eigenen Verfügung übergeben. Diese Schulen müssen dafür - in Abstimmung mit ihrer Schulaufsicht - ein eigenes Konzept vorlegen (Schulentwicklungspläne und Zielvereinbarungskontrakte).

Die Schulen sind der Schulaufsicht gegenüber verantwortlich für das Ergebnis – alle Schulabgänger können auf der Basis von Mindeststandards *Lesen, Schreiben, Rechnen, Englisch, eine ihnen gemäße Berufsausbildung* finden. Welchen Weg sie zu diesem Ziel wählen, bleibt in ihrer Verantwortung.

8. Unterricht verbessern

Das Problem

Die Empfehlung „*die Entwicklungsbedürftigen fördern und die Leistungsstarken angemessen fordern*“ steht seit PISA und den Empfehlungen des Bremer Runden Tisches Bildung I und II unverändert auf der Agenda. In der überwiegenden Anzahl der von uns besuchten Unterrichtsstunden haben wir (einzelne Sternstunden ausgenommen), erneut erlebt: Die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler sind unterfordert, die leistungsschwachen überfordert. Besonders beunruhigend ist in unseren Augen die

Unterforderung in Schulen im sozialen Brennpunkt, in denen Lehrerinnen und Lehrer ihren Schülerinnen und Schülern Gutes tun wollen, indem sie freundlich, verständnisvoll und immer wieder neu erklärend mit ihnen umgehen - ihnen aber letztlich zu wenig zutrauen.

Wegweisende Lösungsansätze, die wir auch dieses Jahr erneut in verschiedenen Bremer Schulen gefunden haben, werden in der Regel weder in der eigenen Schule noch bremenweit wahrgenommen.

Ein möglicher erster Schritt

Es braucht in vielen Kollegien dringend interne und externe Fortbildungen zu folgenden Themen:

- Kollegiale Hospitation
- Offene Unterrichtsformen (z.B. Projekte, Werkstätten, Stationen)
- Förderung von leistungsstarken und leistungsschwachen Kindern innerhalb des Regelunterrichts
- Kunst + Musik + Sport + Theater / Natur + Stadt als Motor für die Entwicklung der Kernkompetenzen gerade von belasteten wie von leistungsstarken Kindern.
- Selbsthilfe für Schulen in sozialen Brennpunkten – Ein bundesweites Netzwerk für „Schulen in kritischer Lage“
- Pädagogische Werkstätten zur Erarbeitung von anregenden Arbeitsmaterialien zum Selbständigen Forschen und Arbeiten (Überwindung der Arbeitsblattmonokultur)

Für alle Themen gibt es bremen- und bundesweit hilfreiche Experten, die in vielen Bremer Schulen bislang allerdings kaum abgefragt werden.

9. Die Lehrerinnen und Lehrer im Blick auf die Schülerinnen und Schüler mit „besonderem Förderungsbedarf“ unterstützen

Das Problem

Wie werden Kinder mit einem besonderen Förderungsbedarf integriert? Die Problemlage betrifft alle Niveaustufen (und ihre „fließenden“ Übergänge): sowohl behinderte Kinder oder solche mit deutlich sichtbaren Störungen, akute Basisdefizite (z.B. fehlende Deutschkenntnisse bei Kindern mit Migrationshintergrund) als auch die „ganz normale“ Heterogenität einer Klasse.

Die Frage ist uns an vielen Stellen und auf widersprüchliche Weise begegnet. Der Bremer Weg – den auch wir für die bessere Lösung halten – setzt auf weitgehende Integration. Wir haben wir jedoch viele Situationen erlebt, in denen Kinder und Lehrer offensichtlich mit dem Integrationskonzept überfordert waren. Wir haben zugleich Situationen erlebt, in denen unnötig über zu lange Zeiträume „getrennt“ wurde. Und es gab schließlich außerordentlich gelungene Beispiele.

Der pädagogische Nutzen scheint unübersichtlich, die Kosten sind sehr hoch.

Ein möglicher erster Schritt

Vor der Entscheidung über erneute Strukturveränderungen und Maßnahmenpläne muss – auf allen drei genannten Problemebenen - eine Zusammenschau der bisherigen Bremer Erfahrungen erreicht werden. Diese Überprüfung ist auf Behördenebene bereits ins Auge gefasst. Unabhängig von den strukturellen Folgen dieser Überprüfung brauchen die Lehrer in jedem Fall akute Unterstützung zu vier Schlüsselthemen:

- Diagnose
- Förderplanung
- Innere Differenzierung
- Umgang mit „schwierigen“ Schülerinnen und Schülern